

AUFSÄTZE

Nachdenken über Europa: Christliche Identität und Gewaltenteilung*

Von Winfried Becker

Christliche Identität und Gewaltenteilung oder christliche Identität und Pluralität im Zusammenhang mit einer historischen Besinnung über Europa; das bedarf einer kurzen Vorbemerkung. Spätestens seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 gehört die Europapolitik zu den eingeführten Tätigkeitsfeldern des wirtschaftlichen und staatlichen Handelns. Eine nationenübergreifende Gemeinschaft steht aber wie kleinere oder traditionelle Gemeinwesen vor der Notwendigkeit, sich konsensbildende, geistige Grundlagen zu geben. Walter Hallstein (1901–1982) führte 1973 den gegen Widerstände eingeschlagenen „pragmatischen“ Weg der europäischen Einigung auf ein unter den beteiligten Völkern gewachsenes Vertrauen zurück: „das Vertrauen in die Gemeinsamkeit der Kultur, der Werturteile, der Geschichte, der Chancen und der Risiken“, einschließlich des Strebens nach Stabilität in einem allzuoft von Zwiespalt und Kriegen zerrissenen Erdteil.¹

Dieses auf möglichst breite Akzeptanz angelegte Urteil mag gerade mit seinen nicht näher erläuterten Schlüsselbegriffen – Kultur, Werturteile, Geschichte – eine nachhaltigere Besinnung auf Kräfte nahe legen, die zur Fundierung einer europäischen Wertegemeinschaft geeignet sein könnten. Im Zusammenhang mit der Geschichte Europas und des diese begriffliche Abstraktion begleitenden Bewusstseins tritt auch die christliche Religion in den Blick, die Europas Entwicklung auf weite Strecken hin unzweifelhaft geprägt oder we-

* Vortrag im Rahmen einer Ringvorlesung für Bachelor-Studierende an der Universität Passau vom 11.5.2005. Ich danke Annette Röck und Jürgen Kilian für kompetente und rasche Hilfe bei der Literatur-Recherche.

1 Walter HALLSTEIN, *Die Methode der europäischen Einigung*, in: *Meyers Enzyklopädisches Lexikon*, Bd. 8, Mannheim u. a. 1973, S. 329–333; vgl. zu den im Folgenden angeschnittenen Problemen Joseph H.H. WEILER, *Ein christliches Europa. Erkundungsgänge*. Übers. v. Franz Reimer, Salzburg/München 2004; Walter FÜRST/Joachim DRUMM/Wolfgang M. SCHRÖDER (Hg.), *Ideen für Europa. Christliche Perspektiven der Europapolitik*, Münster 2004; Wulf KÖPKE/Bernd SCHMELZ (Hg.), *Das gemeinsame Haus Europa. Handbuch zur europäischen Kulturgeschichte*, Berlin 1999; Reinhard C. MEIER-WALSER/Bernd RILL (Hg.), *Der europäische Gedanke – Hintergrund und Finalität* (Hanns-Seidel-Stiftung, Politische Studien), München 2000; Heinz GOLLWITZER, *Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts*, München 1951; Ernst REIBSTEIN, *Volkssouveränität und Freiheitsrechte. Texte und Studien zur politischen Theorie des 14.–18. Jahrhunderts*, hg. v. Clausdieter SCHOTT, Bd. 1, Freiburg i. Br./München 1972.

sentlich mitgeprägt hat. Wenn die Diskussion um Identitätskriterien aus der historischen Betrachtung Anregungen empfangen soll, dann kann die religiöse Dimension schwerlich ausgeschlossen werden. Es handelt sich hier auch um eine Thematik, die gerade in letzter Zeit wieder allgemeinere Beachtung findet: Man denke nur an den Religionsbegriff, der zur Analyse der totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts herangezogen wird oder an interdisziplinäre Studien über die politisch-sozialen Milieus, die Alltagskultur und das soziale Verhalten von europäischen Menschen des 19. Jahrhunderts; solche Handlungsfelder oder Verhaltensweisen sind ohne die Beachtung der jeweiligen Glaubenswelt gar nicht zu verstehen.

Mit dem anderen Begriff der Gewaltenteilung, der Pluralität verschiedener Gewaltenträger oder Machtfaktoren oder dem Begriff der dialektischen Zuordnung von Vielheit und Einheit, lässt sich der Zugang zu einigen Grundzügen der europäischen Geschichte bahnen. Diese spiegelte von Anfang an eine Spannung zwischen einheitsfördernden, identitätsbildenden Elementen und zentrifugalen Kräften, einen Widerstreit auch zwischen dem religiösen Glauben und dessen Infragestellung. Europa fiel erst seit Beginn der Neuzeit 1500 definitiv in eine dynastische Staatenwelt und erst im 19. Jahrhundert, aufgrund der Französischen Revolution und ihres Vollstreckers Napoleon, in moderne Verfassungs- und Nationalstaaten auseinander. Diesen dialektischen Widerstreit gilt es an einigen Etappen und Komplexen vom Frühmittelalter bis zum 20. Jahrhundert aufzuzeigen und zu erläutern. Als Reaktion auf die Zerreißung Europas im Zeitalter der Weltkriege entstand eine breite Reflexion über das Abendland und seine christlichen Wurzeln, der abschließend ein Schwerpunkt gewidmet sein soll.

„Western civilization has never been a geographical or racial unity, it was born on the shores of the Aegean, between the barbarism of continental Europe and the civilized despotism of Asia and that new world of tiny city states, which was the source of a new way of living and new conceptions of law and citizenship.“ Der britische Kulturhistoriker Christopher Henry Dawson (1889–1970),² von dem dieses Zitat stammt, hat inmitten der europäischen Kulturkrise der 1940er Jahre eine der drei Wurzeln des christlichen Abendlands namhaft gemacht, die Antike. Näherhin meinte er die griechischen Städte: Im Kampf mit dem persischen Großreich beriefen sie sich auf ihr Gesetz, vor dem sie mehr Furcht hatten als die Untertanen der orientalischen Reiche vor ihren mächtigen Herrschern. Nach anderen Autoren wird die antike Wurzel

2 Christopher DAWSON, *The Failure of Liberalism. Internet-Publication 2004* (aus: DERS., *The Judgement of the Nations*, London 1943), S. 2. www.december2001.com/WisdomOf-Catholicism/FailureOfLiberalism/p2.html. Werkauszug: Gerald J. RUSSELO (Hg.), *Christianity and European Culture. Selections from the Work of Christopher Dawson*, Catholic University of America Press, Washington D.C. 1998.

definiert als das Erbe der antiken Philosophie oder des Römertums, der römischen Welt mit ihrer Zivilisation, mit ihrer staatlichen und rechtlichen Ordnung, die auf die junge christliche Kirche, nicht nur hinsichtlich des Kirchenrechts, eindringlich wirkte. Das Abendland in seiner Einheit und Vielfalt verdankte seine Entstehung der Interaktion dreier geschichtlicher Grundkräfte von verschiedener Qualität: dem Römertum oder der Antike, dem Christentum und „dem rohen Stoff unserer Kultur“,³ den in der Völkerwanderung aus dem Dunkel der Geschichte auftauchenden Stämmen, die sich mit den Populationen des weströmischen Reiches vermischten. Autoren der Romantik sprachen hier von dem „Germanentum“, umfassender oder richtiger wäre wohl der Terminus „romanisch-germanische Völker“, von Leopold von Ranke (1795–1886) in anderem Zusammenhang verwandt, oder „gentes“, nach dem Wortgebrauch frühneuzeitlicher Werke über das Natur- und Völkerrecht. Dass ohne diese drei konstitutiven Phänomene das neuzeitliche Abendland oder Europa nicht entstanden wäre, darin stimmten so unterschiedliche Autoritäten wie der Geschichtsphilosoph der Romantik, Friedrich Schlegel (1772–1829), der seit 1919 lehrende Romanist Ernst Robert Curtius (1886–1956) und der zeitgenössische Historiker Heinz Gollwitzer überein.

Die Verbindung der „gentes“ mit dem Christentum vollzog sich im karolingischen Fränkischen Reich. Die mitteleuropäischen Völkerschaften übernahmen das lateinische Christentum. Seit der Kaiserkrönung Karls des Großen (747–814) im Jahr 800 baute sich das geschichtsträchtige Spannungsgefüge zwischen Sacerdotium und Imperium auf, Grundlage der *Renovatio Imperii*. Ein neues Verständnis von Herrschaft brach sich Bahn, auf der einen Seite der Kaiser über seinen Stämmen, Völkern, Herzogtümern, sein Imperium christlich überformt und unterbaut, auf Harmonie mit einem Gegenpol angelegt, dem Papsttum mit seinem wachsenden Universalanspruch, von dem der Kaiser einen erheblichen Teil seiner Legitimation bezog. Dazu gehörten auch die Kämpfe mit dem Papsttum und die Verselbständigung des Königtums, ablesbar an der Ausbildung des Mehrheitswahlrechts der Kurfürsten und dem Zurücktreten der päpstlichen Konfirmation (1356–1486).

Eine theoretische Grundlage für den Dualismus zwischen dem „Staat“ (nach dem Verständnis der Zeit) und der Kirche lässt sich der berühmten Schrift des Aurelius Augustinus (354–430) „*De civitate Dei*“ entnehmen, entstanden 413–426 während der untergehenden Endphase des weströmischen Reiches. Die Unbeständigkeit und Vergänglichkeit der irdischen Welt und der „*civitas terrena*“ wird konfrontiert mit der geistigen, transzendenten Ordnung: Diese mün-

3 Christopher DAWSON, *Die Gestaltung des Abendlandes. Eine Einführung in die Geschichte der abendländischen Einheit*, Leipzig 1935, S. 79; Neuaufl.: *The Making of Europe. An Introduction to the History of European Unity*, Catholic University of America Press, Washington D. C. 2002.

det in die ewige Heimat der „civitas Dei“; ein zielhaft gerichteter, linearer, teleologischer Geschichtsprozess führt zu dem endlichen Triumph der himmlischen und ewigen „patria“. Doch auch die weltliche Ordnung findet ihre Anerkennung und ihren angemessenen Ort in dieser Geschichtsschau, ist nicht der ewigen Wiederkehr des Gleichen wie nach einer antiken Geschichtstheorie ausgeliefert. Oder mit den Worten des Dichters Reinhold Schneider (1903–1958), 1944 gegen den atheistischen Ungeist des nationalsozialistischen Staatsverständnisses formuliert: „Aber der Glaube verbindet sich mit der Macht; es ist in seiner Tiefe etwas, das aller Macht widerstrebt, und es ist in der Macht ein Zwang, der keinen Glauben achtet, und doch vermag im Abendland keine der beiden Gewalten zu bestehen ohne die andere. ... Der Glaube sinkt ohne die Macht, die Macht ohne ihn. Zuletzt, jenseits der Welt, siegt der Glaube...“⁴

Das Karolingerreich bildete den Kern der mittelalterlichen Christianitas; es umfasste Westeuropa und einen Teil Mitteleuropas, das langobardische Italien, die spanische Mark bis zum Ebro; es grenzte im Norden an die Gebiete der Angeln und Jüten, im Osten und Südosten (mit Westungarn und Kroatien) an die von den Slawen und Awaren beherrschten Gebiete. Es zerfiel bald in das Ostfränkische und Westfränkische Reich, aber die Reichsgründung Karls des Großen, der 799 als „Rex, pater Europae“ bezeichnet wurde, bildete die erste Europa „zusammenhaltende Kraft“.⁵ Ihr Entwicklungspotential entfaltete sich in der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Blüte des 11. Jahrhunderts. Anders als in Byzanz, wo der Kaiser und der Patriarch in der gleichen Stadt Konstantinopel nebeneinander regierten, schuf das ottonische Reichskirchensystem auf lange Sicht in den weltlich-geistlichen Stiften ein „Gegengewicht zur politischen Macht“,⁶ lebte der Kaiser aus dem Bezug zu einer geistlichen, von ihm getrennten Institution, dem Papsttum. Entsprechend ließ er den Völkern und Stämmen, über die engeren Grenzen des Reiches hinweg, eine gewisse Freiheit in ihrer kirchlichen und rechtlichen Verfassung. Die Mönchsorden halfen bei der Kultivierung des Landes, sie entwickelten und bewahrten zudem die hochkulturellen Güter der Schriftlichkeit und Spiritualität.⁷ Das eu-

4 Reinhold SCHNEIDER, *Stimme des Abendlandes. Reflexionen zur abendländischen Geschichte*, Kolmar 1944, S. 80, vgl. S. 2–11.

5 Theodor SCHIEDER, *Europa (I)*, in: *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bd. 2, 7. Aufl. Freiburg i. Br. 1986, Sp. 414–417; vgl. Rainer A. MÜLLER, *Die Christenheit oder Europa – zum Europa-Begriff im Mittelalter*, in: MEIER-WALSER/RILL, *Gedanke* (wie Anm. 1), S. 9–24, 13; DAWSON, *Gestaltung* (wie Anm. 3), S. 276f.

6 Alois DEMPFF, *Abendland*, in: *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*, Bd. 1, 6. Aufl., Freiburg i. Br. 1957, Sp. 3–8. Vincent BERNING/Hans MAIER (Hg.), *Alois Dempf 1891–1982. Philosoph, Kulturtheoretiker, Prophet gegen den Nationalsozialismus*, Weibenhorn 1992.

7 Vgl. Elke GOEZ, *Pragmatische Schriftlichkeit und Archivpflege der Zisterzienser. Ordenszentralismus und regionale Vielfalt, namentlich in Franken und Altbayern (1098–1525)*, Münster u. a. 2003.

ropäische Städtewesen, ein so nur noch aus der Antike bekanntes Phänomen, ließ „die freie, nicht ständisch gebundene Persönlichkeit Spielraum“⁸ gewinnen. In den Domen der Romanik und Gotik, in den Ritterburgen und ragenden Geschlechtertürmen des städtischen Patriziats wie auf anderen Gebieten brachte das hohe Mittelalter eine gegenüber der Antike eigenständige Bau- und bildende Kunst hervor.

Die Entwicklung des neuzeitlichen Europa ist durch ein dynamisches Entwicklungsmoment gekennzeichnet, das in der bisherigen weltgeschichtlichen Entwicklung einmalig dastehen dürfte und das bis in die Gegenwart hinein prägend auf die Völker und Kulturen anderer Kontinente einwirkte. In den Epochenjahren 1453 und 1492 änderten sich zunächst die räumlichen Gegebenheiten. Der Ansturm der Osmanen engte die christliche Kultur des Ostens und die kontinentale Basis der europäischen Christenheit ein. Die Entdeckung Amerikas entgrenzte Europa nach Westen hin, öffnete eine neue Welt. Das Abendland, der Okzident, verlor mit dem Rückgang des mittelalterlichen Universalismus an Bedeutung; ein neutraler, mehr säkularer Begriff von Europa begann sich durchzusetzen. Die reichen oberitalienischen Stadtstaaten nahmen das europäische Gleichgewicht und Einrichtungen der ständigen Diplomatie vorweg, wenn sie seit dem 14. Jahrhundert in wechselseitige Kriegs- und Friedensbündnisse eintraten. Sie bildeten ein Gesandtschaftswesen aus. Die Berichte und vor allem die Schlussberichte der Gesandten, die Relationen und Finalrelationen, dokumentierten das Handeln der Diplomaten und bildeten unschätzbare Informationsquellen über die Länder, mit denen diplomatische Beziehungen bestanden. Die Ausbildung eines diplomatischen Schriftverkehrs hat die friedlichen Beziehungen in der so entstehenden europäischen Staatenwelt sicherlich gefördert.

Das Ringen der Staaten um eigene Selbstbehauptung und Machtentfaltung wurde begleitet von neuzeitlichen Wirtschaftsformen, Zeitbegriffen und Denkweisen. Der Humanismus und die Renaissance entwickelten sich zur Blüte. Diese Wiederentdeckung der Antike zeugte von der Veränderlichkeit, ja Fruchtbarkeit der westeuropäischen Entwicklung. West- und Mitteleuropa musste von dem antiken Erbe Abstand gewonnen haben, bevor es dieses neu entdecken konnte, während Ostrom in der Kontinuität der hellenistischen Kulturtradition aufgegangen war, folglich auch keine die Antike revitalisierende Renaissance erleben konnte.

Im neuzeitlichen Europa entstand vom 16. bis zum 20. Jahrhundert ein System von nach Souveränität strebenden Dynastie- und Nationalstaaten. Im 18. Jahrhundert hatte es sich voll ausgebildet. Die fünf Großmächte Österreich, Frankreich, England, die Niederlande und Spanien, statt der beiden letzteren

8 DEMPF, *Abendland* (wie Anm. 6), Sp. 4f.

seit spätestens 1763 Preußen und Russland, entschieden über Krieg und Frieden in Europa. Staatsräson und Machtpolitik wurden dominante Motive des Handelns der europäischen Staaten. Das Europa der Pentarchie entwickelte sich zur internationalen Tribüne und zum Theatrum der Weltpolitik. Koalitionen und Bündnisse wurden aus dem jeweils egoistisch definierten Staatsinteresse eingegangen und bedenkenlos gewechselt. Der Politik der „Convenienz“ waren viele Mittel recht,⁹ immerhin beachteten die Diplomaten und Staatsoberhäupter das Prinzip des „Do ut des“. Im Zeitalter des Absolutismus tendierte der aufgeklärte Fürstenstaat dazu, sich die Kirchen unterzuordnen. Der Gallikanismus in Frankreich und der Josephinismus in Österreich betonten die im Prinzip bestehende Überlegenheit der staatlichen Gesetzgebung gegenüber allen Untertanen und auch gegenüber den bisher rechtlich eigenständigen Korporationen und Kirchen mit ihrem gesellschaftlichen Einfluss. Hier kehrte sich das mittelalterliche Verhältnis der Überordnung der geistlichen über die weltliche Macht um; nun war es aus der Sicht der Kirche aufgegeben, nach einem Ausgleich oder einer Koordination mit dem Staat zu streben.¹⁰

Das Mächte-Europa verlor sich nicht an seine Vielfalt und an die reine Dominanz der Machtpolitik. Die regulative Idee, der jeweils drohenden Hegemonie einer Macht durch ein gleichwertiges Bündnissystem entgegenzuwirken, machte sich besonders Großbritannien zu eigen, so in den Kriegen gegen Ludwig XIV. (1638–1715) von Frankreich, im Spanischen Erbfolgekrieg, zuletzt im Kampf gegen die französischen Revolutionsheere und gegen Napoleon (1769–1821). Die Hauptmächte auf dem Wiener Kongress von 1814/15 bekannten sich noch – mehr oder weniger – zu dem (1675 geprägten) Begriff der „Balance of Europe“ oder zu dem „Gleichgewicht von Europa“ (1758). Eine gewisse Vorstellung von der Einheit Europas lebte auch in dem „Europäischen Konzert“ weiter, das bis zum Ausbruch des Krimkrieges 1854, während einer langen Friedenszeit, leidlich funktionierte.

Der im christlichen Glauben gründende Friedensgedanke trat zwar im 18. Jahrhundert eher zurück. Aber er fand immer noch Realisierung: so in den großen Friedensinstrumenten des Westfälischen Friedens 1648 und des Wiener Kongresses 1815. Unter maßgeblicher Mitwirkung aller am vorangehenden Krieg Beteiligten wurde eine Art Generalvertrag geschlossen; in Wien war das der „Acte final“, der alle relevanten Streitfragen regelte und den Kriegszustand durch obzwar langwierige Kompromissfindung wirklich umfassend

9 Vgl. Johannes KUNISCH, *Absolutismus. Europäische Geschichte vom Westfälischen Frieden bis zur Krise des Ancien Régime*, Göttingen 1986; Heinz DUCHHARDT, *Balance of Power und Pentarchie. Internationale Beziehungen 1700–1785*, Paderborn 1997.

10 Vgl. Harm KLUETING, *Der Josephinismus. Ausgewählte Quellen zur Geschichte der thesesianisch-josephinischen Reformen*, Darmstadt 1995; Helmut REINALTER (Hg.), *Der Josephinismus. Bedeutung, Einflüsse und Wirkungen*, Frankfurt/M. 1993.

beendigte. Dies ist im Versailler Vertrag von 1919 und nach dem Zweiten Weltkrieg (jedenfalls bis 1990) nicht mehr gelungen. Warum versagte in diesen Fällen ausgerechnet das demokratische Zeitalter bei der Aufgabe der Friedensfindung?

In der frühen Neuzeit blieben der Universalismus und die Orientierung am Recht noch lange lebendig – Zeichen einer fortwirkenden kulturellen Geschlossenheit und „allgemeinen geistigen Überlieferung“ Europas.¹¹ Zwar ließ sich die Glaubensspaltung nicht aufhalten. Als aber Karl V. (1500–1558) aus Resignation darüber von der Universalmonarchie zurücktrat, die er noch einmal hatte festigen wollen, war soeben ein anderer Frieden geschlossen worden, der Augsburger Religionsfriede von 1555 zwischen den Altgläubigen und den Lutheranern. Er erlegte den Religionsparteien die Pflicht auf, bei Differenzen in Glaubensfragen auf Gewalt zu verzichten und sich an den Landfrieden zu halten. In diesem Punkt war er nicht unklar gefasst,¹² und so sind ihm die zum Dreißigjährigen Krieg führenden späteren Auslegungen nur sehr bedingt anzulasten. Seine große Bedeutung lag darin, dass er den Bereich des Glaubens von dem der rechtlichen Ordnung getrennt und damit das friedliche Zusammenleben zweier unterschiedlicher Glaubensgemeinschaften im Staat ermöglicht hat. Zugleich unterlegte er das allgemeine Friedensgebot mit Hinweisen auf die „christliche Lieb“ und auf frühere Rechtsordnungen.¹³ Sein erster Schritt in die Freiheit der modernen Welt entsprang so nicht einem Bekenntnis zur Säkularisierung oder zur aufklärerischen Indifferenz, sondern der neuen, situationsgerechten Auslegung eines alten Glaubensgebotes sowie der Einsicht in die Notwendigkeit, dass in einer wie auch immer gearteten staatlichen Gemeinschaft der Friede und das Recht herrschen müssten. Allerdings wurde die Religionsfreiheit im wesentlichen auf die Landesfürsten eingeschränkt. Der Westfälische Friede, der sich in seinem den Konfessionskonflikt betreffenden

11 DAWSON, *Gestaltung* (wie Anm. 3), S. 280f.

12 Den dissimulierenden Charakter betont Axel GOTTHARD, *Das Alte Reich 1495–1806*, Darmstadt 2003, S. 61. Streben nach einem „politischen“ (rechtlichen) Frieden: Art. 13 des Reichsabschieds; EBD. S. 50.

13 Vgl. Art. 14 des Augsburger Reichsabschieds vom 25. September 1555. Arno BUSCHMANN (Hg.), *Kaiser und Reich. Klassische Texte und Dokumente zur Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1806*, München 1984, S. 223. – Die den Zusammenhalt des Alten Reiches bewirkenden Kräfte (Interaktion zwischen Kaiser und Ständen, Konsens und andere soziale Bindekräfte einer vormodernen Verwaltung) sind von der modernen Historiographie (nach der Abwertung im 19. Jahrhundert) aufgedeckt worden. Vgl. Heinz ANGERMEIER unter Mitwirkung v. Reinhard SEYBOTH (Bearb.), *Deutsche Reichstagsakten unter Maximilian I.*, Bd. 1: *Reichstag zu Frankfurt 1486*, Göttingen 1989, S. 33–79, 49 (Einleitung); Peter MORAW, *Wesenszüge der »Regierung« und »Verwaltung« des deutschen Königs im Reich (ca. 1350–1450)*, in: Werner PARAVICINI/Karl Ferdinand WERNER (Hg.), *Histoire comparée de l'administration (IV^e–XVIII^e siècles)* (Beihefte der Francia, 9), München 1980, S. 149–167.

Teil idealtypisch auf den Augsburger Religionsfrieden bezog, bekräftigte diese etatistische Auslegung der Religionsfreiheit. Diese darf allerdings nicht nur an individualistisch-modernen Maßstäben gemessen werden, weil das *Ius reformandi*, das Recht des Fürsten, über die Konfessionsangehörigkeit in seinem Lande zu bestimmen, den Status quo und damit das friedliche Nebeneinander der Konfessionen in Deutschland langfristig gesichert hat. In den anderen großen europäischen Ländern wurde der Weg zum konfessionell geschlossenen Nationalstaat eingeschlagen.

Die beiden Friedenswerke von 1555 und 1648 stellten formell Beschlüsse oder Abschiede dar, die auf Reichstagen erlassen worden waren, sie gehörten damit zu den sog. Grundgesetzen des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation. Dieses über sprachliche und ethnische Grenzen hinwegreichende, historisch legitimierte Staatsgebilde war eine pluralistisch strukturierte Rechtsgemeinschaft. Sein System von im Mittelalter wurzelnden Territorialstaaten und Reichsständen bildete einen Fremdkörper inmitten einer Nachbarschaft, die aus tendenziell zentralistischen und unitarischen Dynastie- und Nationalstaaten bestand. Vom Souveränitätsdenken beeinflusste Theoretiker wie Samuel von Pufendorf (1632–1694) haben dieses Alte Reich als eine Art Monstrum charakterisiert. Sein oft zitiertes Wort dürfte allerdings zu den eher fragwürdigen Bestandteilen des historischen Bildungsschatzes gehören. Die Staatslehre des Alten Reichs erbrachte originäre Leistungen, indem sie Theorien des zusammengesetzten Staates („status mixtus“) und der doppelten oder geteilten Majestät entwickelte.¹⁴ Darüber hinaus war das *Ius publicum* des Reiches mit dem *Ius publicum Europaeum* verklammert, wie auch das Bündnisrecht der Reichsfürsten deren Handeln auf europäischer Ebene ermöglichte.

Das *Ius inter gentes* oder *Ius gentium*, die Wissenschaft vom Völkerrecht, bewahrte die universalen Traditionen Alteuropas. Die gelehrten Beiträger und Autoren dieses Themenkreises beeinflussten sich gegenseitig, traten gleichsam in einen internationalen und überkonfessionellen Dialog. Gemeinsame Vorstellungen vom Naturrecht verbanden etwa den spanischen Vertreter der Spätscholastik, Francisco Suárez (1548–1617),¹⁵ mit dem niederländischen Juristen Hugo Grotius (1583–1645). Das gelehrte Rechtsdenken fand Ergänzung in einer europäischen politischen Publizistik und in großen Vertragssammlungen. Diese internationalen Rechtskodifikationen dokumentierten frühere oder zeitgeschichtliche Vereinbarungen, um Anhaltspunkte zur Durchsetzung von

14 Vgl. Christoph BESOLD, *Synopse der Politik*. Hg. v. Laetitia Boehm, übers. v. Cajetan Cosmann, Frankfurt/M. 2000; Gerd KLEINHEYER (Hg.), *Deutsche und europäische Juristen aus neun Jahrhunderten. Eine biographische Einführung in die Geschichte der Rechtswissenschaft*, 4. Aufl., Heidelberg 1996, S. 56f.

15 Vgl. Josef SODER, *Francisco Suárez und das Völkerrecht*, Frankfurt/M. 1973; Ludwig HÖDL, *Spanische Spätscholastik*, in: Norbert ANGERMANN (Hg.), *Lexikon des Mittelalters*, Bd. 7, München 1995, Sp. 2077f.

Rechtsansprüchen, aber auch für die friedliche Beilegung von Konflikten zu gewinnen. Der Vorkämpfer der Volkssouveränität, Jean-Jacques Rousseau (1712–1778), sah in dem von den Deutschen fleißig studierten öffentlichen Recht („droit public germanique“) gleichsam das öffentliche Recht Europas; die Reichsverfassung, die er mit den föderativen Systemen der Schweiz und der Niederlande verglich, schien ihm Gewähr zu bieten für das Gleichgewicht Europas.¹⁶ 1791/92 erblickte der Revolutionär Antoine Barnave (1761–1793) im Alten Reich den „festen Kern Europas“; seine schwerfällige, konservative und defensive Verfassung halte die streitbaren Staaten auseinander und sei zur Stabilisierung des politischen Systems von Europa unerlässlich.¹⁷

Die Französische Revolution, unverzichtbar für das Verständnis der Gegenwart, setzte die zukunftssträchtige Verbindung von Demokratie, Republikanismus und kirchenfeindlichem Säkularismus in die Welt. Sie entwickelte indes eine neue universalistische Komponente, sie erhob die Befreiung aller Völker vom Joch des Feudalismus zu ihrer Sendung. Vorkämpfer eines „linken Europäismus“¹⁸ wurde der Italiener Giuseppe Mazzini (1805–1872). Er propagierte eine aus „der nationaldemokratischen Revolution der Völker“ hervorgehende Vereinigung, eine Heilige Allianz der befreiten Nationen, das Gegenbild zur konservativen Heiligen Allianz, die Zar Alexander I. (1777–1825) und der österreichische Außenminister Clemens Wenzel Fürst von Metternich (1773–1859) 1815 gegründet hatten. Mazzinis Vorstellungen bildeten den Auftakt zu einem pazifistischen und auch sozialistischen Internationalismus. Letzterer begann mit der von Karl Marx (1818–1883) und Friedrich Engels (1820–1895) inspirierten Ersten, der Londoner Internationale von 1864. Die marxistisch-leninistische Version des Internationalismus bezog sich zwar vorwiegend auf Europa; ihr weltrevolutionäres Programm abstrahierte aber ideologisch-theoretisch von den regionalen, staatlichen oder geopolitischen Raumgliederungen der Erde.

Auf lange Sicht wirkten der Marxismus-Leninismus, der extreme Nationalismus und die Kulturkämpfe des 19. und frühen 20. Jahrhunderts aber sprengend auf den Zusammenhalt der europäischen Völker. Der aus falsch verstandenen liberalen und nationalen Motiven gegen die Bewegungsfreiheit der katholischen Kirche entfesselte Kulturkampf in Frankreich, Deutschland und Italien richtete sich auch gegen die katholische Kirche als völkerverbindende Macht. Wenn fortschrittlich und national gesinnte Wissenschaftler des ausgehenden 19. Jahrhunderts die Kirche, ihre Lehren und ihre geistliche Hierarchie, als überwindenswertes Relikt des Mittelalters bezeichneten, so sprach daraus die traditionsvergessene Verkennung eines stets auch politisch bedeutsamen gesamteuropäischen Erbes.

16 Jacques le RIDER, *La Mitteleuropa*, Paris 1994, S. 32f.

17 Antoine BARNAVE, *Theorie der Französischen Revolution*. Übers. u. mit einer Einleitung hg. von Eberhard Schmitt, München 1972, S. 71.

18 SCHIEDER, *Europa* (wie Anm. 5), Sp. 417.

Nach den Napoleonischen Kriegen hatten einige Denker der Romantik, darunter Novalis (1772–1801), Friedrich Schlegel und Adam Müller (1779–1829), konfessionsübergreifend das europäische und christliche Mittelalter als ehemals einende Kraft angesichts eines nun zerrissenen Kontinents wiederentdeckt. Der große Publizist Joseph Görres (1776–1848), 1827 bis 1848 Geschichtspräsident in München, weist Europa einen sozusagen weltpolitischen Ort zu, versucht seine Eigenart im Vergleich mit den anderen, nun verstärkt ins Blickfeld tretenden Kontinenten zu bestimmen. Europa verkörpert ihm Maß und Mitte im Unterschied zu dem allzu jungen Amerika, dessen Demokratie von Demagogie oder gar von dem Übergang in die Tyrannei bedroht ist, und zu Asien, dem Land der Einherrschaft oder Despotie. Europa soll deswegen das mittlere, konstitutionelle Verfassungsprinzip übernehmen; die Fürsten müssen aber die postrevolutionäre Freiheit der Völker achten.¹⁹ Konkreter weiterentwickelt hat diese Vorstellungen ein kritischer Beobachter des Kaiserreichs, der Redakteur Joseph Edmund Jörg (1819–1901), langjähriger Archivar auf der Trausnitz bei Landshut. Mitteleuropa, das „Herz“ und der „Kern“ Europas, solle mit Frankreich eine „romanisch-germanische Societät“ begründen (1853) und einen eigenen Weg zwischen dem demokratischen Angelsachsentum Englands und Nordamerikas und dem zaristisch-cäsaropapistischen Rußland finden. Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71, den Jörg mit prophetischem Blick schon als Krieg der „Rassen“ und Völker ansah, enttäuschte diese Hoffnungen. Jörg, auch führendes Mitglied der Bayerischen Patriotenpartei bzw. des Bayerischen Zentrums, befürchtete nun die zu große Abhängigkeit Preußen-Deutschlands von Russland. Er verfocht im Inneren Deutschlands das föderative Prinzip; es sollte wie die Religionsfreiheit die Auslieferung des Menschen an willkürlich definierte Staatszwecke verhindern. Die internationalen Beziehungen sahen Jörg und seine Freunde durch anscheinend unaufhaltsame Tendenzen zur Machtanballung und Machtpolitik bedroht, gegen die nur vereinte Bemühungen zur Erhaltung europäischer und internationaler Rechtszustände halfen.

Jörgs düstere Prognosen bewahrheiteten sich beim Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Die Rivalitäten der Großmächte hatten sich durch die Kolonialexpansion und die damit verbundene Weltpolitik gesteigert. Der neuartige industriewirtschaftliche Wettbewerb, die verbesserten Nachrichtenübermittlung

19 Winfried BECKER, *Ausprägungen der Europaidee in der katholischen Publizistik des 19. und 20. Jahrhunderts*, in: Karl G. KICK/Stefan WEINGARZ/Ulrich BARTOSCH (Hg.), *Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik. Jens Hacker zum 65. Geburtstag*, Berlin 1998, S. 411–438, 419–424; vgl. DERS., *Europa – Erbe des Mittelalters in den historischen Schriften von Novalis, Adam Müller und Friedrich Schlegel*, in: Thomas FRENZ (Hg.), *Papst Innozenz III. Weichensteller der Geschichte Europas*, Stuttgart 2000, S. 185–203; Federico CHABOD, *Der Europagedanke. Von Alexander dem Großen bis Zar Alexander I.*, Stuttgart 1963, S. 11ff., 66ff.

gen und Verkehrsverbindungen, die gesteigerten technischen und finanziellen Mittel trugen, während die Technik des Krisenmanagements noch zu schwach ausgebildet war, zum Ausbruch dieser „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts bei. Dennoch bestanden Chancen der Friedenswahrung. Sie lagen in einer Deutschland und den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn verbindenden föderativen Mitteleuropa-Konzeption, wie sie Otto von Bismarck (1815–1898) oder gar noch Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921) zu realisieren trachteten.²⁰ Der neue Nationalismus und der Aufschwung Deutschlands zur ihm nicht gemäßen Weltpolitik überlagerten allerdings diese am Mächtegleichgewicht orientierten Bestrebungen.

Nach 1918 existierte die um Europa zentrierte Welt nur noch zum Schein.²¹ Die Täuschung resultierte u. a. daraus, dass das sowjetische Russland anfänglich schwach blieb, die USA sich aus Europa zurückzogen, die Sieger und Verlierer des Versailler Friedensvertrages zu starr und unbeweglich in gewohnten Positionen auf längst schwankender Grundlage verharrten. 8,22 Millionen Kriegstote und Blockadeopfer, 20,13 Millionen Verwundete, weite kriegszerstörte Regionen, unwiederbringliche Verluste von wirtschaftlichen Ressourcen waren zu beklagen; revolutionäre Tendenzen drohten im Inneren ehemals gefestigter Staaten. Der Krieg hatte auch zu geistigen Umwälzungen geführt. Neue Organisationsprinzipien für das Leben der Völker wurden verkündet. Auf Lenins (1870–1924) marxistische Befreiungsideologie und die Oktoberrevolution von 1917 antwortete der amerikanische Präsident Woodrow Wilson (1856–1924) am 8. Januar 1918 mit seinen 14 Punkten. Darin erhob er das uneingeschränkte Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Programm. Die Realisierung dieser Forderung musste sich im territorial zersplitterten Europa schwierig gestalten. Immerhin entstand der Völkerbund, er konnte allerdings die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Näher an den europäischen Verhältnissen blieb trotz ebenfalls weitgehender Neuordnungsvorschläge das 1923 erschienene Buch Pan-Europa, verfasst von dem wohl bekanntesten Vorkämpfer der europäischen Einigungsbewe-

20 Bascom Barry HAYES, *Bismarck and Mitteleuropa*, Rutherford u. a. 1994, S. 448f., 456–460; vgl. Winfried BECKER, *Mitteleuropa-Vorstellungen deutscher Publizisten: Joseph Edmund Jörg und Friedrich Naumann*, in: Heinrich OBERREUTER/Armin A. STEINKAMM/Hans Frank SELLER (Hg.), *Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung. Festschrift für Prof. Dr. Jürgen Schwarz*, Wiesbaden 2004, S. 281–294; „Expansionsstaat“, „Weltreichgedanken“ im Wilhelminismus aus der Ideologie der Nationalliberalen: Klaus HILDEBRAND, *Das vergangene Reich – Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Hitler 1871–1945*, Stuttgart 1995, S. 880f.

21 Michael SALEWSKI, *Der Erste Weltkrieg*, Paderborn 2003, S. 352f.; vgl. Paul KENNEDY, *The Rise and Fall of the Great Powers. Economic Change and Military Conflict from 1500 to 2000*, London 1989, S. 358f.

gung im 20. Jahrhundert, Richard Nikolaus Graf Coudenhove-Kalergi (1894–1972).²²

Christliche Initiativen zur Versöhnung der Völker begannen bereits mit der Friedensnote Papst Benedikts XV. (1854–1922) vom 1. August 1917. Sie richtete sich an die „Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker“ und bekannte sich zu einer europäischen Neuordnung, die auf die Basis der „moralischen Macht des Rechts“ statt auf die „materielle Gewalt der Waffen“ zu gründen sei.²³ Diese Gedanken griff Anfang 1918 der Publizist Karl Muth (1867–1944) in seiner Münchener katholischen Zeitschrift „Hochland“ auf. Der führende Zentrumsolitiker Matthias Erzberger (1875–1921) schrieb 1918 ein Buch über den zukünftig einzurichtenden Völkerbund. Die Bekundung des guten Willens verhallte ungehört im Getümmel des Kriegsendes und der Niederlage. Deutschland wurde im Frieden von Versailles sehr streng behandelt. Jahrelang galt es nicht als gleichberechtigter Partner, wurde aber immerhin schon 1926 in den Völkerbund aufgenommen. Das infolge des Ruhrkampfes, der Hochinflation, aber auch der Dolchstoßlegende aufgeheizte nationalistische Klima²⁴ bot keinen guten Nährboden für die Aufnahme der christlichen Europa-Ideen, die im Deutschland der Zwischenkriegszeit um Gehör und Beachtung rangen.

Eher allgemein und auf nationalen Konsens ausgerichtet äußerte sich Konrad Hofmann zum Stichwort „Europa“ in der 5. Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft 1926.²⁵ Er verwarf „das verheerende Machtprinzip, den gemeinschaftsfeindlichen Individualismus, die chauvinistische Einstellung“ und „die Selbstzerfleischung“, die der Selbstbehauptung Europas nach außen und der Erhaltung seines überragenden zivilisatorischen Einflusses in anderen Erdteilen hinderlich seien. Zu Vorbedingungen der „Schaffung eines solidarischen Europa“ und einer „europäischen Not- und Schicksalsgemein-

22 Anita ZIEGERHOFER-PRETTENTHALER, *Botschafter Europas. Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Bewegung in den zwanziger und dreißiger Jahren*, Wien u. a. 2004, S. 329–347 u. ö.; Carl H. PEGG, *Die wachsende Bedeutung der europäischen Einigungsbewegung in den zwanziger Jahren*, in: *Europa-Archiv* 17 (1962), S. 865–874.

23 Günter BAADTE, *Katholischer Universalismus und nationale Katholizismen im Ersten Weltkrieg*, in: Albrecht LANGNER (Hg.), *Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800*, Paderborn 1985, S. 89–109, hier S.101–105.

24 Vgl. Ute DANIEL, *Die Politik der Propaganda. Zur Praxis gouvernementaler Selbstrepräsentation vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik*, in: Ute DANIEL/Wolfram SIEMANN (Hg.), *Propaganda. Meinungskampf, Verführung und politische Sinnstiftung 1789–1989*, Frankfurt/M. 1994, S.44–82, 66.

25 Die 5. Aufl. wurde von Hermann SACHER herausgegeben, hier Bd. 1, Freiburg i. Br. 1926, Sp. 1763–1772: „Europäische Selbstbesinnung“. Dr. K. Hofmann, geb. 1890, wurde nach Studium der Theologie und Philosophie Redakteur beim Herder-Verlag in Freiburg und Schriftleiter bei der Herausgabe des *Lexikons für Theologie und Kirche*; 1926 veröffentlichte er die Schrift: *Europa. Grundfragen seiner Politik, Wirtschaft und Weltgeltung*; vgl. Wilhelm KOSCH, *Das Katholische Deutschland. Biographisch-bibliographisches Lexikon*, Bd. 1, Augsburg 1933, Sp. 1682.

schaft“ erklärte er die Beseitigung der Diskriminierung Deutschlands durch die „sog. Friedensverträge“, „gerechtere Grenzfürhungen, gleichmäßige Abrüstung, Schiedsgerichtsverträge“ und unter anderem eine zumindest in Vorstufen zu realisierende europäische Zollunion.

Der an der Universität Bonn neben Ernst Robert Curtius lehrende Romanist Hermann Platz (1880–1945) entwickelte auf ideengeschichtlicher Grundlage seine Abendland-Vorstellungen, die er von konkurrierendem Ideengut deutlich abgrenzte. Obwohl Oswald Spenglers (1880–1936) Kulturkritik, geäußert in dem 1918 erschienenen Buch „Untergang des Abendlandes“, viel Anklang gefunden hatte, glaubte Platz dennoch „inmitten der nationalistischen Versteifung“ an eine politische Zukunft der Abendland-Idee.²⁶ Er bestimmte diese in doppelter Abgrenzung: von den nationalistisch-völkischen Ideen, die „das Westeuropäisch-Romanische“ gegenüber dem germanischen Wesen abwerten würden, und von den „Eurasiern“, die „irgendwo im Osten Anlehnung und Erneuerung“ suchen würden. Als eher verwandt erschienen ihm die Ideen Wilsons und Coudenhove-Kalergis, die allerdings „ganz auf Geltungen des Naturrechts und der Humanität eingestellt“ seien. Für Platz wurzelte das Abendländische vor allem in geistigen Mächten der Vergangenheit: Er fand in der Antike die altgriechische Idee einer im Gleichmaß gebundenen Welt, im Mittelalter die „vernünftige Zusammenarbeit“ von Kirche und Staat „zur Sicherung von Frieden und Gerechtigkeit im Sinn des christlichen Ideals“ und einer in Gott gegründeten Ordnung, schließlich die in Alteuropa vorherrschende „Idee des Dienstes“. Platz setzte gerade das Dienen der Idee der „nationalen Berufung“ und „Sendung“ entgegen, die im 19. Jahrhundert vergiftend gewirkt habe, weil von ihr eine „einheitszerstörende Rasse- und Staatsvergötzung“, damit einhergehend die „Macht- und Kriegsverherrlichung“, ausgegangen sei. Die bloß „juristisch-organisatorische Summierung von beziehungslosen Einzelstaaten“ oder rein utilitaristische Erwägungen hielt Platz nicht für ausrei-

26 Hermann PLATZ, *Abendland*, in: *Staatslexikon*, Bd. 1, 5. Aufl., Freiburg 1926, Sp. 2–5, hier auch folgende Zitate. Platz war Mitherausgeber der Zeitschrift *Abendland. Deutsche Monatshefte für europäische Kultur, Politik und Wirtschaft*. Im Impressum des 1. Jg. (Okt. 1925 bis Sept. 1926) stehen als Herausgeber ferner Prof. Theodor Brauer, Prof. Goetz Briefs, Reichsrat Dr. Wilhelm Hamacher, Hauptschriftleiter Dr. Karl Hoeber, Landeshauptmann Dr. h. c. Johannes Horion, Geh. Legionsrat Dr. Richard Kuenzer, der Gesandte Hugo Graf Lerchenfeld, Prälat Dr. Franz X. Münch, Dr. Friedrich Schreyvogel, Bundeskanzler a. D., Prälat Ignaz Seipel, Konsul Julius Stocky. Inhaltlich widmeten sich die im Gilde-Verlag erscheinenden Monatshefte Kulturfragen, der deutschen Europapolitik, dem Völkerbund und Völkerrecht, der Wirtschaftspolitik, der Kirchenpolitik und Unionsfragen, europäischen Persönlichkeiten, Frankreich, Italien, England, anderen Auslandsstaaten; weitere Rubriken waren: West und Ost, Kongresse, Besprechungen. Auf S. 122f. besprach PLATZ drei französische Abendlandzeitschriften (erschieden 1878–1920). Vgl. Heinz HÜRTE, *Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen*, in: LANGNER, *Katholizismus* (wie Anm. 23), S. 131–154, 138f.

chend, um ein „im Geist geeintes Europa“ oder eine „organische Politik in Europa“ zu schaffen: „Idee und Zweck, Symbol und Substanz, Gesetz und Recht“ bilden für Platz Schlüsselbegriffe aus dem antik-christlichen Erbe. Die „Kernländer“ Europas seien in einem tieferen Sinne darauf angewiesen, sich zu ergänzen. Das bisher von dem Staatsmann Bismarck, dem Historiker Heinrich von Treitschke (1834–1896) und dem Philosophen Johann Gottlieb Fichte (1762–1814) überschätzte und verengte deutsche Element bedürfe „des abendländischen Formsinns und Formwillens“.

Anders als Hofmann, der politisch-pragmatisch, und als Platz, der geistesgeschichtlich und völkerpsychologisch argumentierte, entwickelte der Kulturphilosoph Theodor Haecker (1879–1945) seinen Abendland-Begriff aus dem christlichen Menschenbild. Zwei Jahre vor dem Machtantritt des menschenverachtenden NS-Regimes führte er in seiner gewichtigen Schrift „Vergil, Vater des Abendlandes“ die Identität des Menschen, „die Realität des *allgemeinen* Menschen, die wahre *Idee* des Menschen und die Idee des *wahren* Menschen“ auf den christlichen Fundamentalsatz zurück, „daß der Mensch nach dem Bilde Gottes geschaffen“ sei.²⁷ Da dieser Glaube das eigentliche Verständnis des Menschen erschließe, diesen als Ebenbild der göttlichen Vollkommenheit in seiner Unverfügbarkeit und Perfektibilität konstituiere, sei der abendländische Mensch imstande gewesen, „alle anderen Menschen zu verstehen“; daraus habe sich sein „Prinzipat“ und die faktisch oft unrealisiert gebliebene Möglichkeit seiner Herrschaft über die anderen Völker und Rassen ergeben.²⁸ Vergil (70–19 v. Chr.) wird geschildert als der „adventistische Heide“, darin aber schon Archetyp des abendländischen Menschen, dessen auf Zukunft angelegtes Leben den Glauben bereits einschloss, „den größten Gegenstand des Abendlandes, die nahe Heraufkunft des Christentums“.²⁹ Haecker deutete das

27 Theodor HAECKER, *Vergil. Vater des Abendlandes*, Leipzig 1931, S. 14. Die Befassung mit diesem vorchristlichen Dichter weist auf den Grundzug von Haeckers 1930 bis 1935 entwickelter christlicher Philosophie, im Übernatürlichen der Offenbarung die „alles Erwartungen übersteigende Erfüllung“, nicht das Anti-Bild des Natürlichen zu sehen. Eugen BLESSING, *Theodor Haecker*, in: *Neue Deutsche Biographie*, Bd. 7, Berlin 1966, S. 425–427. „Anima naturaliter christiana“ (Tertullian) lautet die erste Überschrift in der kleinen Anthologie aus Schriften von Theodor HAECKER, *Über den Abendländischen Menschen*, Kolmar o. J. [1944]. Er setzt hier (S. 10f.) die „anima Vergiliana“ über die „stoische“ bzw. „heroische Seele“ mit ihrer „unleugbaren Größe“, aber auch ihrem Hochmut und ihrer Selbstgenügsamkeit. Vgl. Gebhard FÜRST/Peter KASTNER/Hinrich SIEFKEN (Hg.), *Theodor Haecker (1879–1945). Verteidigung des Bildes vom Menschen*, Stuttgart 2001; Winfried HALDER, „... die letzte deutsche Schmach dieser Tage ...“: *Theodor Haecker und das „Dritte Reich“*, in: Hermann SCHÄFER (Hg.), *Geschichte in Verantwortung. Festschrift für Hugo Ott zum 65. Geburtstag*, Frankfurt/M./New York 1996; Bernhard HANSSLER/Hinrich SIEFKEN (Hg.), *Theodor Haecker. Leben und Werk. Texte, Briefe, Erinnerungen, Würdigungen*, Sigmaringen 1995.

28 HAECKER, *Vergil* (wie Anm. 27), S. 22.

29 EBD. S. 31, 21.

Heldenepos der „Äneis“, den in ihm enthaltenen Mythos der römischen Sendung neu: Das „Imperium Romanum“ hatte das Christentum freiwillig angenommen, war bereits auf dieses hin angelegt gewesen. Damit schien auch seine Erneuerung nicht mehr in der Weise möglich zu sein, dass es auf der Vorherrschaft einer einzigen Nation beruhte, wie noch von der Pax Romana praktiziert. Ein erneuertes Imperium konnte nach Haecker nur entstehen, wenn es die nachfolgende Entwicklung des abendländischen Christentums einbezog, das den hohen Wert des Einzelnen, der Person und der Eigenart der nicht zu nivellierenden nationalen Gemeinschaften entdeckt und zum unverlierbaren Besitz des Menschengestes gemacht hatte. Auch Vergils Lob der Arbeit hatte nach Haecker seine Erfüllung gefunden im benediktinischen Gebot der „ersten Mönche des Abendlandes“: „Ora et labora“.³⁰

Haecker erhielt unter dem nationalsozialistischen Regime, das er als widergöttlich begriff, Schreibverbot. Wie Karl Muth wurde er zu einem der Mentoren der Geschwister Scholl und ihres Widerstands. Doch der christliche Abendland- oder Europa-Gedanke blieb lebendig. Er erfuhr Verstärkung aus dem geistigen Widerspruch gegen den Europa verheerenden Nationalsozialismus. Helmuth James Graf von Moltke (1907–1945) empfahl in seinen Denkschriften die Besinnung auf die naturrechtlichen und christlichen Grundlagen eines föderalistisch zu organisierenden Europa.³¹ Christliche Emigranten in Österreich um den Philosophen Dietrich von Hildebrand (1889–1977) und den Schriftsteller Friedrich Muckermann SJ (1883–1946) suchten Zuflucht bei einer dem Staat Hitlers entgegensetzenden christlich-mitteuropäischen Reichsidee.³² Nachdem in Deutschland die Kirchenverfolgung begonnen hatte, erinnerte der junge Innsbrucker Theologe Hugo Rahner (1900–1968) auf den Salzburger Hochschulwochen 1935 an den „Freiheitskampf der Kirche, näherhin, des Papsttums“: Diesem Kampf seit Konstantin, „einer Grundkraft in der Kulturgeschichte des werdenden Abendlandes“, war es zu verdanken,

30 EBD. S. 118–123, S. 76–83.

31 Vgl. Franz Graf von SCHWERIN, *Helmuth James Graf von Moltke. Im Widerstand die Zukunft denken. Zielvorstellungen für ein neues Deutschland*, Paderborn 1999, S. 94–164, 52–60, 157–190.

32 Vgl. Hubert GRUBER, *Friedrich Muckermann S.J. 1883–1946. Ein katholischer Publizist in der Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist*, Mainz 1993, S. 327f. „Die Erkenntnis von der Solidarität aller Völker unseres Erdteils und der Welt“, die Orientierung an der aus eigenen „geistigen Kräften“ lebenden Persönlichkeit und das Christentum bildeten programmatische Eckpunkte für Friedrich MUCKERMANN und H. van de MARK (Hg.), *Das geistige Europa. Ein internationales Jahrbuch der Kultur*, Paderborn 1925, Vorwort S. III f. Das Jahrbuch setzte sich zur Aufgabe, vergleichend „sämtliche Kulturgebiete“ der Gegenwart zu erschließen, von den Religions- bis zu den Naturwissenschaften. Vgl. Alice von HILDEBRAND/Rudolf EBNETH/Ernst WENISCH (Hg.), *Dietrich von Hildebrand. Memoiren und Aufsätze gegen den Nationalsozialismus 1933–1938*, Mainz 1994.

„daß der Westen niemals dem Staatlichen verfiel“.³³ Dichterisch überhöht und verhüllt reflektierte Reinhold Schneider 1944 vor einem Publikum, das nach Pater Alfred Delp (1907–1945) pessimistischer Einschätzung erst wieder „gottesfähig“ oder „religionsfähig“ werden musste,³⁴ über die als unmittelbar bevorstehend gefühlte „Wende“. Die Geschichte der Gegenwart erfüllte sich ihm in dem „Zusammenwirken der Macht Gottes, der Macht des Widersachers und der Macht des Menschen“. Angesichts des Kriegsendes nährte er eine große Hoffnung: den Glauben an die Wiederherstellung der „Ordnung der Welt“ und des „Rechts“ über alle „Straßen des Unrechts“ und über die „Verschuldung der Menschen“ hinweg.³⁵ In kurzen Erinnerungsskizzen würdigte Schneider maßgebliche Gestalter der europäischen Geschichte von Alfred dem Großen (849–899) bis Maria Theresia (1717–1780). Als Gegengestalt zu Hitler (1889–1945) und seinen Paladinen ließ er in knappen Strichen den frommen und tatkräftigen König Lothar von Supplinburg (1075–1137)³⁶ aufstehen: Dieser Herrscher zog mit schmalem, gottesfürchtigem Gefolge über die Alpen, die „Krone des Reiches“ in Rom zu suchen, um das im Süden empfangene christliche Herrschaftszeichen wieder nach dem Norden Europas zu bringen.³⁷

Vorbereitet durch diese und andere Reflexionen, die über die Widerstandszirkel hinaus Verbreitung gefunden hatten, brach sich der Europa-Gedanke nach 1945 mächtig Bahn. Europäische Bewegungen entstanden über die Ländergrenzen hinweg. England, Belgien, die Niederlande, Frankreich, die Schweiz, Italien, Österreich und Deutschland sandten Vertreter zu den ersten Kongressen der Europa-Bewegungen. Liberale, Sozialdemokraten und vor allem christliche Demokraten entwickelten Pläne für die Einigung der europäischen Länder. Die Nachkriegsregierungen zeigten sich der Europabewegung aufgeschlossen, ebenso maßgebliche Kreise von Intellektuellen, Verbändevertretern und Parlamentsabgeordneten. Viele Staaten außerhalb des sowjetischen Machtbereichs erhoben die Rekonstruktion des Westens und Europas zur Maxime ihrer Regierungspolitik. Die „Reconstruction“ dominierte neben dem Sicherheitsdenken die neue Zuwendung der USA zu Europa. Schon im Frühjahr 1948 begann die Umsetzung des am 5. Juni 1947 an der Harvard-Uni-

33 Hugo RAHNER, *Die Grundlegung der abendländischen Kulturgemeinschaft durch die Kirche*, in: Alois MAGER OSB (Hg.), *Die Fünften Salzburger Hochschulwochen 6. bis 25. August 1935*, Salzburg 1935, S. 93–104, 101.

34 Zitat aus seinen Aufzeichnungen vor der Hinrichtung, nach Johann Wilhelm NAUMANN, *Altes und neues Abendland*, Augsburg 1948, S. 113.

35 SCHNEIDER (wie Anm. 4), S. 7, 36, 19, 16.

36 Als König, nach SCHNEIDER (wie Anm. 4), des transzendenten Bezugs seiner Herrschaft eingedenk; vorher Herzog von Sachsen, Repräsentant des oppositionellen Fürstentums gegen den Salier Heinrich V. und dessen „unversöhnlichster Gegenspieler“. Egon BOSHOFF, *Die Salier*, Stuttgart 1987, S. 301, 304, 284–287.

37 SCHNEIDER (wie Anm. 4), S. 9–15.

versität angekündigten Marshallplans. Die Hilfe sollte ursprünglich auch den osteuropäischen Staaten gewährt werden, doch die Sowjetunion verbot ihren Satelliten die Teilnahme an dieser wirtschaftlich und politisch hochbedeutsamen US-amerikanischen Rekonstruktionsinitiative.

Das christliche Europadenken nach 1945 bewegte sich vor allem in den Bahnen der Abendland-Idee, wandelte diese aber zeitgemäß ab. Erst jetzt schien die Stunde gekommen, die Last der nationalistischen und etatistischen Begrenzungen abzulegen oder die alten Inhalte so zu interpretieren, dass sie keine zerstörende Wirkung mehr ausübten. Bei der abendländischen Neubesinnung handelte es sich keineswegs um eine reaktionäre oder unzeitgemäße Erscheinung, die auf längere Sicht unrettbar der „Western Civilisation“, den Konsequenzen der Industriegesellschaft und den aus dieser erst folgenden demokratischen und sozialen Menschenrechten hätte weichen müssen.³⁸ Vielmehr spielte der Topos vom christlichen Abendland, der immerhin etwa zwei Jahrzehnte bis Mitte der 1960er Jahre viel Anerkennung und Zuspruch fand, eine wichtige Rolle im Nachkriegsdenken und ist jenen anderen Versuchen der Neufundierung des Gemeinwesens an die Seite zu stellen, um die nach 1945 intensiv gerungen wurde: Dazu gehörten die Propagierung der Völkerverständigung, die Entdeckung des Werts der Demokratie nach der Diktatur, die Entstehung neuer politischer Kräfte wie der interkonfessionellen christlich-demokratischen Parteien oder die programmatischen Erneuerungen der wiedergegründeten liberalen, sozialdemokratischen oder regionalistischen Parteien.

Die Resonanz der Europa-Idee wurde speziell in der Bundesrepublik durch drei Erwägungen erleichtert: 1. Es lag für den Besiegten nahe, einer möglichen Union mit den westlichen Siegermächten aufgeschlossen gegenüber zu treten, um eine Rehabilitierung zu erreichen und über die Verbindung mit demokratischen Staaten aufgeschlossen einer neuen Zukunft entgegenzugehen. 2. Deutschland war zur Integration in umgreifende Staatengebilde am ehesten in der Lage, weil es wegen seines Föderalismus und vor allem wegen des Konfessionsgegensatzes traditionell weniger nationale Geschlossenheit aufzuweisen hatte als die europäischen Nachbarstaaten. 3. Das katholische Denken konnte sich bestätigt fühlen, wenn es aus seiner Verbindung zur historischen Kultur des Abendlandes Legitimität gewann. Dies war im rein nationalen Um-

³⁸ Dies gegen die Thesen von Jonas JOST, *Der Abendland-Gedanke in Westdeutschland nach 1945. Versuch und Scheitern eines Paradigmenwechsels in der deutschen Geschichte nach 1945*, Phil. Diss. Hannover 1994, S. 412–415. Eine Fehldeutung ersten Ranges ist es, wenn dieser Autor den Abendland-Gedanken als „historisch-überholt“ ausdrücklich neben den Nationalsozialismus stellt. Vgl. Guido MÜLLER/Vanessa Plichtha, *Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1923–1957*, in: *Zeitschrift für Geschichte der europäischen Integration* 5 (1999), S.17–47.

kreis nicht so leicht gefallen, weil der nationale Kulturprotestantismus dem „römischen“ Ultramontanismus im Land der Reformation die Berechtigung einer deutschen und kulturelle Sendung bestritten hatte. Betrachten wir abschließend einige Ideen und politische Ziele oder Realisierungsansätze der Abendland-Bewegung und der Paneuropa-Union.

Wie vertrug sich die besondere christliche Wertschätzung des Abendlands mit dem nach 1945 sich ausweitenden welt- oder universalkirchlichen Anspruch? Der Philosoph Alois Dempf (1891–1982) und der Theologe Karl Rahner (1904–1984) gaben auf dieses neue, auch theologische und innerkirchliche Problem eine bejahende Antwort. Rahner definierte das Abendland als „Daseinsraum des Christentums“, als „geschichtlich-kulturellen Raum“, in dem das Christentum seine „geschichtliche Leibhaftigkeit“ ausgebildet habe.³⁹ Dempf wertete das Abendland als das „große Symbol der Heilsgeschichte ..., sofern sich hier zuerst trotz allen Versagens und aller Schuld die Auswirkung des Christentums in der ganzen Breite der führenden Weltgeschichte vollzogen hat“.⁴⁰ Zwar konnte das Christentum nicht als europäische oder abendländische Religion verstanden werden, aber der katholische Kirchenbegriff erlaubte die Konstatierung einer spezifischen Nähe zur Geschichte Europas wie auch zu anderen vom Christentum eindringender geprägten Kulturphänomenen. Diese Sicht eröffnete auch die Möglichkeit einer Ausweitung des „christlichen Europa“ auf die Ostkirchen. Die Abgrenzung zwischen „Abendland“ und „Europa“ blieb dennoch schwierig.

Die Vorstellung, das Abendland meine „die im Mittelalter entstandene Kulturgemeinschaft der westeuropäischen Völker, von der die Weltkultur der Gegenwart ausgegangen ist“,⁴¹ die Bewertung dieser „Kulturgemeinschaft“ als der formenden Kraft Europas⁴² führten manche Autoren zu einer besonderen Wertschätzung der „Geistesgeschichte“. Dempf gab diese als hohes Bildungsgut in der Gegenwart, gar als „Lebensmacht“ und „Zukunftshoffnung“ aus.⁴³ Gemäß solchen Vorstellungen sollte die Geistesgeschichte des Abendlandes Orientierungswissen ausstrahlen, um die allenthalben aufbrechenden Spannungen der Zeit zu bewältigen. Der der Deutschen Partei angehörende

39 Karl RAHNER, *Abendland II*, in: Josef HÖFER/Karl RAHNER (Hg.), *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 1, 2. Aufl., Freiburg i. Br. 1957, Sp. 18–21, 19f.

40 DEMPf, *Abendland* (wie Anm. 6), Sp. 3–8, 7. Bei DEMPf ergibt sich die „Begründung der Geisteswissenschaft“ aus der weit zurückreichenden historischen Erfassung einer „natürlichen Theologie“ oder „Religion“. Alois DEMPf, *Der Einfluß der philosophischen Strömungen auf den Gang der Geisteswissenschaften* (1957), in: BERNING/MAIER, *Alois Dempf* (wie Anm. 6), S. 280–293, 282f.

41 Alois HALDER, *Abendland I*, in: HÖFER/RAHNER, *Lexikon* (wie Anm. 39), Sp. 15f.

42 Theodor Steinbüchel in seiner Rektoratsrede an der Universität Tübingen am 2. Mai 1946. HÜRten (wie Anm. 26), S. 146.

43 DEMPf, *Abendland* (wie Anm. 6), Sp. 7.

Bundesminister Hans-Joachim von Merkatz (1905–1982) berief sich auf die abendländische Neubesinnung, um den überlebten Weltanschauungen des „Materialismus“ und des „Positivismus“ und überhaupt dem Zeitalter der Ideologien seine Absage zu erteilen.⁴⁴ Eine Tribüne für solche Erörterungen bot die Abendländische Akademie. Sie hielt von 1952 bis Mitte der 1960er Jahre ihre Jahrestagungen ab, die teils ein starkes Presseecho fanden. Ab 1. März 1946 erschien „Neues Abendland“. Diese „Zeitschrift für Politik Kultur und Geschichte“ suchte ein neues christliches und föderalistisches Geschichts- und Kulturbewusstsein grundzulegen.⁴⁵ Die prominente Gegenstimme von Walter Dirks (1901–1991) bezweifelte allerdings 1964, ob die Formel vom „christlichen“ Europa angesichts der Ergebnisse der europäischen Aufklärung, der Säkularisation und der Paganisierung breiter Bevölkerungsteile noch Überzeugungskraft ausstrahlen könne.⁴⁶

1955 beschuldigten die Wochenschrift „Der Spiegel“ und einige Tageszeitungen die Abendländische Akademie demokratie- und verfassungsfeindlicher Umtriebe. Von Merkatz hatte sich gegen einen wertneutralen Demokratiebegriff gewandt, der zur Koexistenz mit dem Kommunismus bereit sei. Andere

44 Hans-Joachim von MERKATZ, *Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie 1956*, München [1956]; zitiert nach Axel SCHILDT, *Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre*, München 1999, S. 72, 56ff. – H.-J. v. Merkatz, 1953–1955 DP-Fraktionsvorsitzender, 1955–1962 Bundesratsminister, 1956/57 auch Bundesjustizminister, 1960/61 auch Bundesvertriebenenminister, 1960 Übertritt zur CDU, 1966 Honorarprof. in Bonn, 1967–1979 Präsident der Paneuropa-Union; vgl. Ingo NATHUSIUS, in: Winfried BECKER u. a. (Hg.), *Lexikon der Christlichen Demokratie in Deutschland*, Paderborn 2002, S. 327.

45 Kurzhinweise: Der Jg. 1 (März 1946 bis Februar 1947), hg. von Johann Wilhelm NAUMANN, rief föderalistische Traditionen (Onno Klopp) gegen preußische Philosophie und Geschichtsschreibung (Hegel, Treitschke) auf, befasste sich mit der Eigentumsfrage (Nikolaus Ehlen), mit Technik und Naturwissenschaft und der Schuld der deutschen Katholiken am Dritten Reich (Carl Klinkhammer), wies den Kompromiss des kath. Volksvereins mit Preußen-Deutschland und dem Kapitalismus (Walter Ferber) zurück; eine eigene Abteilung bildete die „staatswissenschaftliche Rundschau“ – Der 10. Jg. (1955), Chefredakteur Helmut Bach, enthielt neben „Aufsätzen“ auch „Glossen, Umschau, Kritik, öffentliche Diskussionen und redaktionelle Mitteilungen“. Ständige Mitarbeiter waren laut Impressum Wilhelm Andreas, Hans Asmussen, Heinz Beckmann, Richard Benz, Werner Bergengruen, Wolfgang Braunfels, Karl Buchheim, Klaus Colberg, Hedwig Conrad-Martius (früher: „Hochland“), Emil Franzel, Robert Frohn, Wolfgang Hellmann, Franz Herre, Ernst von Hippel, Robert Ingram, Erik von Kuehnelt-Leddihn, Hans Langelütke, Johannes Pinsk, Richard Sexau, Georg Stadtmüller, Wilhelm Stählin, Wilhelm Troll. – Der 13. Jg. (1958), nun mit dem Untertitel: *Jahrbuch für Politik und Geschichte*, Chefredakteur Emil Franzel, enthielt mehrere Artikel zur Geschichte Bayerns und Österreichs. Béla MENCZER bedauerte das Scheitern einer „Wiederherstellung“ im modernen Europa in einem vor den Cambridge University Royalists gehaltenen Vortrag: *Der Niedergang des monarchistischen Europa* (S. 127–142). Der Rezensionsteil blieb hier ansehnlich.

46 Zitiert nach HÜRTEN (wie Anm. 26), S. 152f.

abendländische Stimmen parallelisierten den bedenkenlosen Einsatz demokratischer Mehrheiten mit dem Phänomen des Absolutismus.⁴⁷ Aber Vorwürfe der Verfassungsfeindlichkeit erwiesen sich als haltlos; Merkatz war immerhin für seine Partei Berichterstatter des 1949 als „Novum in der deutschen Parlamentsgeschichte“ eingerichteten Ausschusses zum Schutz der Verfassung.⁴⁸ Die vorbehaltlose Qualifizierung der Abendland-Ideen als restaurativ-konservativ, innerhalb der damals aktuellen Debatten und der angeblich davon abgehobenen späteren wissenschaftlichen Forschung, übersieht beispielsweise den interkonfessionellen Ansatz⁴⁹ und den geistig-moralisch unterbauten politischen Revisionismus gegenüber einem früheren, Allgemeingültigkeit beanspruchenden nationalen Konservativismus.⁵⁰ Die Kritik richtete sich sehr wahrscheinlich über die Akademie hinaus auch gegen den politischen Kurs der Adenauer-Regierung, die mit namhaften Repräsentanten aus dem Unionslager und der Deutschen Partei (DP) in diesem Vortrags- und Gesprächskreis vertreten war, obwohl ihr führender Personenkreis ein privates und internationales Spektrum aufwies.

Die adlige Familie Waldburg zu Zeil, seit 1951 Inhaberin der „Verlag Neues Abendland G.m.b.H.“, hatte bedeutenden Anteil an diesen Aktivitäten. Alois Waldburg zu Zeil war 1960 Geschäftsführer des im Dezember 1957 gegründeten Europäischen Instituts für politische, wirtschaftliche und soziale Fragen e. V. mit Sitz in Bad Godesberg. Diese „wissenschaftliche, überparteiliche Institution“ gedachte sich der „Erforschung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen in ständiger Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Fach-

47 SCHILDT, *Abendland* (wie Anm. 44), S. 72, 67f., 47.

48 Reinhard SCHIFFERS, *Verfassungsschutz und parlamentarische Kontrolle in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1957*. Mit einer Dokumentation zum „Fall John“ im Bundestagsausschuß zum Schutz der Verfassung, Düsseldorf 1997, S. 18, 25f.

49 Evangelische Mitglieder des Vorstands, Beirats und Kuratoriums der Abendländischen Akademie waren u. a. Bischof Wilhelm Stählin, Kirchenrat Dr. Karl Bernhard Ritter, Gesandter Friedrich Holzapfel, Prof. Dr. Friedrich Karl Schumann (Hemer), Reichsminister des Inneren a. D. Walter von Keudell. *Abendländische Akademie. Wesen, Ziel und Organisation*, Augsburg 1953, S. 18–23. Würdigung der Akademie durch Johann Baptist MÜLLER, *Der abendländische Topos in der konservativen Denkfamilie der Vor- und Nachkriegszeit*, in: MEIER-WALSER/RILL, *Gedanke* (wie Anm. 1), S. 133–154; S. unten Anm. 50.

50 Den angeblich mehr bei der Mentalität und Tradition angesiedelten Abendland-Ideen wurde auch der Theorie-Charakter abgesprochen. Ulrike STOLL, *Kulturpolitik als Beruf. Dieter Sattler (1906–1968) in München, Bonn und Rom*, Paderborn 2005, S. 102f. mit Anm. 81; Kurt LENK, *Zum westdeutschen Konservativismus*, in: Axel SCHILDT/Arnold SYWOTTEK (Hg.), *Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre*, Bonn 1993, S. 636–645 und andere Beiträge in diesem Band. Zur Debatte: Rudolf UERTZ, *Konservative Kulturkritik in der frühen Bundesrepublik Deutschland. Die Abendländische Akademie in Eichstätt (1952–1956)*, in: HPM 8 (2001), S. 45–71; DERS., *Die Christliche Demokratie im politischen Ideenspektrum*, in: HPM 9 (2002), S. 31–62, 50–53.

kräften“ zu widmen und war ursprünglich zur Sammlung der Kräfte vorgesehen, die bereit seien, „im öffentlichen Leben die Grundsätze der christlich-europäischen Kultur“ zu verteidigen.⁵¹

Graf Coudenhove-Kalergi entfaltete als Präsident der Paneuropa-Union intensive und eigenständige politische Aktivitäten. 1955 übersandte er den Regierungen Deutschlands und Frankreichs ein Memorandum, in dem er vorschlug, eine deutsch-französische „Doppel-Republik“ als „Ausgangspunkt einer europäischen Eidgenossenschaft“ zu bilden.⁵² Er forderte einen europäischen „Dynamismus“ ähnlich der Dynamik, die die Nationalstaatsbewegung des 19. Jahrhunderts an den Tag gelegt hatte. In der damaligen Debatte um die Neutralisierung Deutschlands bezog er eindeutig Position: Ein neutralisiertes, vereinigt Deutschland werde einer Achse Berlin-Moskau-Peking eingefügt und unter deren außenpolitischem Druck kommunistisch werden.⁵³ Zugleich plädierte Coudenhove für eine Assoziation mit dem Commonwealth und für die Beibehaltung der engen Bindung an die USA.⁵⁴ Nordamerika wurde im Rahmen der Abendland-Debatte als bedeutendste Tochterkultur bezeichnet, wie auch die Programme der Amerika-Häuser „eine große Zahl von Vorträgen über die Idee eines geeinten Europa“ vorsahen.⁵⁵ Coudenhove kam Konrad Adenauers (1876–1967) Konzeption sehr nahe, wenn er 1955 die Auffassung vertrat, der Weg zur Wiedervereinigung führe nur „über ein einiges und starkes Europa im Rahmen der Atlantischen Union“, kombiniert mit der Forderung nach der Gewährung von Menschenrechten in Osteuropa und der Erwartung, dass die Sowjetunion aus wirtschaftlichen Gründen schließlich

-
- 51 Durch von MERKATZ redigierter Statut-Entwurf, Archiv für Christlich-Demokratische Politik (künftig: ACDP), Nachlass von Merkatz 01-148-006/01.
- 52 Memorandum Coudenhove-Kalergis an die Regierungen der Deutschen Bundesrepublik und der Französischen Republik zur Frage der Gründung einer Deutsch-Französischen Republik, Bern 20.9.1955, ACDP 01-148-116/01.
- 53 Richard Graf COUDENHOVE-KALERGI, *Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands am Scheidewege. Vortrag im Studentenhaus der Universität Frankfurt, 5.12.1955*; Offener Brief Coudenhoves als Präsident der Paneuropa-Union an Ernst Friedländer, Präsident der Europa-Union Deutschland, Bern 2.1.1956: „Wäre erst die Achse Berlin-Moskau-Peking geschaffen, so wäre es für die Sowjets ein leichtes, mit Hilfe der kommunistischen Jugend Ostberlins den Prager Staatsstreich zu wiederholen, um Deutschlands Innenpolitik seiner Außenpolitik gleichzuschalten. Das neutrale Deutschland würde sich in ein Sowjet-Deutschland verwandeln“, ACDP 01-148-116/01.
- 54 Memorandum Coudenhove-Kalergis (wie Anm. 52).
- 55 SCHILDT, *Abendland* (wie Anm. 44), S. 187. Vgl. Georg MOENIUS, *Der neue Weltmonarch*, Westheim bei Augsburg 1948, S. 268f. Der ehemalige Herausgeber der „Allgemeinen Rundschau“ (1929–1933), der in die USA emigriert war, vertrat vor dem Hintergrund der apokalyptisch aufgefassten Auseinandersetzung zwischen Ost und West nun die Vorstellung einer „die Welt mit einer neuen und menschlicheren Form der Herrschaft“ regierenden „Pax Americana“. Aus heutiger Sicht: Beate NEUSS, *Der „gütige Hegemon“ und Europa. Die Rolle der USA bei der europäischen Einigung*, in: MEIER-WALSER/RILL, *Gedanke* (wie Anm. 1), S. 155–167.

nachgeben und in die Abrüstung einwilligen werde.⁵⁶ Die so formulierte politische Leitlinie ist den sehr wenigen theoretischen Maximen zuzurechnen, die im Laufe eines Menschenalters Bestätigung durch den Gang der Geschichte erfuhren.

Der langjährige Bundesminister von Merkatz, der Ministerpräsident Karl Arnold (1901–1958)⁵⁷ und der Botschafter in Paris (1953–1955) Wilhelm Hausenstein (1882–1957)⁵⁸ waren teils an leitender Stelle in der Paneuropa-Union tätig. Das unterstrich die Regierungsnähe dieser schon 1924 gegründeten, während der Weimarer Republik aber noch keineswegs regierungsseitig geschätzten Organisation. Coudenhove rief 1956 auch ein Deutsch-Französisches Parlamentarier-Komitee ins Leben, dem sich in der Bundesrepublik die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verweigerte. Coudenhove traf mit seinen Ideen zu dieser Zeit auch anderswo bereits auf Ablehnung oder Reserven, so beim Auswärtigen Amt, bei einer Gruppe der CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages und bei Außenminister Heinrich von Brentano (1904–1964).⁵⁹ Dennoch standen die Paneuropa-Union, die ihr nahestehenden Gruppen, die christliche Abendland-Bewegung und die katholische Kirche mit ihren Verlautbarungen⁶⁰ in einer gewissen Affinität zur Europapolitik und damit zur gesamten westorientierten Außenpolitik der Regierung Adenauer.

Andere aktuell-politische Folgerungen als Coudenhove und Merkatz zogen aus der christlichen Abendland-Idee der österreichische Bibliothekar und Kirchenhistoriker Johannes Hollnsteiner (1895–1971) und zeitweise auch der bekannte Neu-Abendländer Paul Wilhelm Wenger (1912–1983), Redakteur des „Rheinischen Merkur“. Dieser griff 1958 die sonst von der Opposition vertretene Idee einer entmilitarisierten Zone auf, die Teile der Bundesrepublik, der DDR, Polens und der Tschechoslowakei umfassen sollte.⁶¹ Hollnsteiner

56 COUDENHOVE-KALERGI, *Europa und die Wiedervereinigung* (wie Anm. 53).

57 Rudolf UERTZ, *Karl Arnold (1901–1958). Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen*, in: Günter BUCHSTAB/Brigitte KAFF/Hans-Otto KLEINMANN (Hg.), *Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union*, Freiburg i.Br. u.a. 2004, S. 81–89.

58 Ulrich LAPPENKÜPER, *Wilhelm Hausenstein – Adenauers erster Missionschef in Paris*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995), S. 635–678.

59 Vgl. Coudenhove-Kalergie an Konrad Adenauer, 20.9.1956; Merkatz an Coudenhove-Kalergi, 2.4.1957; Dr. Conrad Fink an Coudenhove-Kalergi, Königswinter 12.5.1957; Erklärung Coudenhove-Kalergis, Genf 28.5.1957; Coudenhove-Kalergi an Merkatz, 22.6.1957 mit handschr. Vermerk von Merkatz', ACDP 01-148-116/01.

60 Reiches Material dazu (bis 1995): Jürgen SCHWARZ (Hg.), *Katholische Kirche und Europa. Dokumente 1945–1979*, München/Mainz 1980; DERS. (Hg.) unter Mitarbeit von Karin SCHULZ, *Die katholische Kirche und das neue Europa. Dokumente 1980–1995*, Teil 1–2, Mainz 1996; vgl. Thomas GROSSMANN, *Zwischen Kirche und Gesellschaft. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken 1945–1970*, Mainz 1991, S. 347–352, 360–365.

61 SCHILDT, *Abendland* (wie Anm. 44), S. 75f.

bekannte sich zur Idee Europas als einer die USA und die Sowjetunion verbindenden dritten Kraft auf der Grundlage eines „christlichen ethischen Sozialismus“, der sowohl Distanz als auch Nähe zu den beiden feindlichen Systemen ausbilden könne.⁶² Hollnsteiners unrealistische Vision einer Synthese von Christentum und Sozialismus bewahrte immerhin eine Dreigliedrigkeit der weltpolitischen Gesamtschau, damit gewissermaßen noch die Pluralität und Idealität eines christlich-abendländischen Denkansatzes, der allerdings die Existenzfähigkeit des „totalitären Kollektivismus“ überschätzte.

Die Zeit schreitet fort, und was lässt sich in ihrem reißenden Strom festhalten? Schon 1948 bemerkte der Soziologe Hans Freyer (1887–1969): „Die anderen Kontinente sind mit einer Mächtigkeit da, die sich noch vor einem Jahrhundert nicht voraussehen ließ“. Ähnlich wie Haecker, indes ohne dessen Tiefe, kam er zu der Aussage: Europa habe die Erde entdeckt, erst dadurch habe „sich die Erde zum Globus geschlossen“. Rasch sei aus dieser der „Offenheit“ Europas geschuldeten Entwicklung eine „dauernde Bewährungsprobe“ für Europa geworden.⁶³

Man könnte Europas schwache, gefährdete Stellung heute darauf zurückführen, dass es vorwiegend die falschen Güter exportiert habe: mit und nach der kolonialen Herrschaft den Nationalismus und die Idee des die Entwicklungsdiktatur erleichternden geschlossenen, souveränen Staats; dazu in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts den Säkularismus, der in Gestalt einer Globalisierung der Sinnfrage des Lebens wieder auf Europa zurückschlage, eine säkularistische Kultur und einen wissenschaftlichen Geist, der Gott gleichsam aus der öffentlichen Diskussion ausschleife.

Aber man kann auch auf andere Exportgüter hinweisen, auf die erdweite Ausdehnung der christlichen Mission, die vom 16. bis weit ins 20. Jahrhundert stattfand, die Einbeziehung der nicht-europäischen Kontinente in den modernen Handelskreislauf, den freimütigen Export der Industriellen Revolution und einer das Leben erleichternden, allerdings auch beschleunigenden Technologie. Ohne ein mehr als tausend Jahre vom Christentum geprägtes Europa sähe die Welt anders, höchstwahrscheinlich nicht besser aus. Auch die Verbreitung

62 Johannes HOLLNSTEINER, *Das Abendland. Aufstieg, Krise, Zukunft*, Wien u.a. 1948, S. 325–331. Hollnsteiner, Dr. theol. 1920 in Wien, Schüler u.a. von Heinrich Finke und Oswald Redlich, 1925 Habilitation, 1926 Privatdozent für Kirchengeschichte an der Univ. Wien, 1927/28 Beamter der Österreichischen Nationalbibliothek, 1930 a.o. Univ.-Prof., 1938 entlassen, 1948 reaktiviert und pensioniert, dann an der Volkshochschule und der Kunstschule Linz tätig; zu Lebenslauf und Schriften vgl. *Biographisches Lexikon von Oberösterreich*, hg. v. Institut für Landeskunde von Oberösterreich, bearb. v. Martha KHIL, Bd. 4, Linz/Donau 1961, Blatt 1–4; Friedrich BUCHMAYR, *Der Priester in Almas Salon. Johannes Hollnsteiners Weg von der Elite des Ständestaats zum NS-Bibliothekar*, Weitra 2003, S. 275–277, 155–162.

63 Hans FREYER, *Weltgeschichte Europas*, 3. Aufl., Darmstadt 1969, S. 611f. (1. Aufl. 1948, 2. Aufl. 1954).

der christlichen Religion in der Neuen Welt, in Süd- und Nordamerika, ist europäischem Einfluss zu verdanken. Eine bestimmte Auffassung von Naturrecht hat die Formulierung politischer Grundrechte und Grundfreiheiten in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung mit ermöglicht und damit deren gegebene situationsspezifische Anlässe und Argumente überschritten. Der Wettlauf der Kulturen und Kontinente zwingt zur Besinnung auf die eigene Identität und auf ihr verwandte Elemente und Mächte.

Europas spezifischer Freiheitsbegriff bildete die Grundbedingung für Kontinuität und Erneuerung zugleich. Er unterschied zwischen Transzendenz und Immanenz, zwischen Glauben und Kirche einerseits und dem Staat andererseits, um die Kooperation beider für wünschenswert zu halten. Aus dieser Grundunterscheidung erwuchsen die übrigen Freiheiten, der für Europa typische Institutionen-Pluralismus mit seinen „checks“ und „balances“ und mit seinem Föderalismus, die gegenseitige Anerkennung der Staaten und die Befolgung von Rechtsgeboten im internationalen Leben auf der Grundlage einer ursprünglich christlichen Gesinnung. Zudem begriff dieses Freiheitsverständnis die Sinnggebung der Welt als Auftrag, sich der Schöpfung permanent forschend und fragend zuzuwenden. Europa verlöre seine kommunikative Kraft und seinen Mitteilungsanspruch, wenn es sich den Modeerscheinungen des Nihilismus oder des totalen Relativismus ergäbe, wenn es zur Definition seiner Werte und Normen nicht mehr das Ganze der reichen geistigen Überlieferung Kerneuropas heranziehen würde.